

Protokoll
über die 48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
10.01.2024

Beginn: 17:15 Uhr
Ende: 19:40 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin, Raum E 070

Anwesenheit

Vorsitzender

Block, Wolfgang entsandt durch Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Dorfmann, Regina entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klemkow, Gret-Doris entsandt durch SPD-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Claussen, Norbert entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Jeske, Franziska entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Gagzow, Martin entsandt durch freie Träger
Glüer, Matthias entsandt durch freie Träger
Gajek, Lothar entsandt durch Zählgemeinschaft
Hafemann, Anke entsandt durch SPD-Fraktion
Hagen, Olaf entsandt durch freie Träger
Timmermann, Kristina entsandt durch freie Träger

stellvertretende Mitglieder

Brumme, Astrid entsandt durch freie Träger
Herrmann, Babette entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger
Marquardt, Steffen entsandt durch freie Träger

beratende Mitglieder

Helmecke, Sonja Kinder- und Jugendrat
Lotzkat, Anna-Julie Kinder- und Jugendrat
Luminita, Ciobanu Kinder- und Jugendrat
Pisarski, Mia Lysann Kinder- und Jugendrat

Verwaltung

Amtsberg, Jana	Verwaltung
Gabriel, Manuela	Verwaltung
Hirschberg, Lisa	Verwaltung
Jahn, Luise	Verwaltung
Lucht, Dorin	Verwaltung
Scholz, Verena	Verwaltung
Trauth, Martina	Verwaltung
Trier, Sophia	Verwaltung

Gäste

Dommer, Liane
Gröger, Anita
Haugg, Ulrike
Häuser, Katja
Hoog, Wilhelm

Leitung: Wolfgang Block

Schritfführer: Susanne Kroll

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 47. Sitzung vom 06.12.2023
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Istanbuls Konvention
Vorlage: 01004/2023
Stadtvertretung/Fraktionen/Beiräte Mitglied der Stadtvertretung
Wilhelm (Wilfried) Hoog (ASK)
5. Einschränkung des Stimmrechts im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 01014/2023
Stadtvertretung/Fraktionen/Beiräte AfD-Fraktion
6. Präzisierung des Antragsrechts für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 01015/2023
Stadtvertretung/Fraktionen/Beiräte AfD-Fraktion
7. Unvereinbarkeitsklausel für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 01016/2023
Stadtvertretung/Fraktionen/Beiräte AfD-Fraktion

8. Mitteilung der AG Kindertagesbetreuung
9. Mitteilung der AG Hilfen zur Erziehung
10. Mitteilung der AG Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit
11. Mitteilung UA Jugendhilfeplanung
12. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende Herr Block eröffnet die 48. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Block teilt mit, dass die AfD-Fraktion ihre Anträge (TOP 5 – 7) auf eigenen Wunsch geschoben hat. Diese werden sodann in der Februarsitzung erneut aufgerufen.

Sollte eine Einbringung seitens der Fraktion im Februar erneut nicht möglich sein, gibt der Ausschussvorsitzende den Verfahrensvorschlag, die Anträge ohne Einbringung zu beraten und abzustimmen. Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 47. Sitzung vom 06.12.2023**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Sitzungsniederschrift der 47. Sitzung vom 06.12.2023 (öffentlicher und nicht öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Der Sachstand zur Kindertafel Schwerin e.V. wurde den Mitgliedern vorab schriftlich zur Verfügung gestellt.

Frau Dorfmann kritisiert die fehlende Information an den Jugendhilfeausschuss über die Ausschreibung der Stelle und, dass sich eine pädagogische Fachkraft

bereits im Einsatz befinde. Sie hinterfragt die Einbindung in die bestehenden Trägerverbände.

Herr Marquardt berichtet, dass ein Stadtvertreterbeschluss vorliege, diese halbe Stelle zu implementieren. Man habe sich als AWO im Zuge des Interessenbekundungsverfahrens beworben und somit die Tätigkeit übernommen. Seit September 2023 sei man vor Ort tätig, eine Einbindung in bestehende Netzwerke sei selbstverständlich Teil der zukünftigen Ziele.

Herr Claussen bittet die schriftlichen Arbeitsaufträge zukünftig ebenfalls ins Ratsinformationssystem einzustellen. Frau Kroll sichert dies zukünftig unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilung der Verwaltung zu.

Zum Sachstand der Grundschule Mueßer Berg gibt es seitens der Sozialdezernentin keine neuen Erkenntnisse. Herr Glüer informiert von einer Interessengemeinschaft innerhalb der Trägerverbände, die heute Morgen getagt habe, diese berichtet, dass eine Häufigkeit der gewalttätigen Vorfälle zwar nicht zugenommen hat, aber die Grenzen sich enorm ausdehnen und somit Vorfälle immens an Heftigkeit zunehmen. Schulspezifisch sieht Herr Glüer keinen akuten Handlungsbedarf, jedoch sei ein strukturübergreifendes Handeln - somit auch über die Schule hinaus – nach wie vor notwendig. Er verweist auf den in der letzten Sitzung durch die AG § 78 vorgeschlagenen „runden Tisch“, um lösungsorientiert in den Diskurs zu gehen.

Herr Marquardt unterstützt das Vorgehen und sieht ebenfalls das Zusammenspiel der beteiligten Protagonisten als zielführend. Er sieht die Landeshauptstadt Schwerin als Initiator dieses Vorhabens.

Herr Claussen hinterfragt eine konkrete Zeitschiene. Herr Marquardt bittet, die feiertagsbedingte Tagungspause zu berücksichtigen, sodass sich die Arbeitsgemeinschaften in der kommenden Januarsitzung in die Planung begeben könnten. Auf die Frage von Herrn Claussen zum verwaltungsseitigen Handeln unterstützt Frau Trauth das Angehen beginnend in der Form einer Kooperation zwischen Trägern, Arbeitsgemeinschaften nach § 78 und der Verwaltung.

Auf die Frage von Herrn Glüer zum zeitlichen Ablauf der Mittelfreigabe 2024 berichtet Frau Trauth, dass die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung lediglich eine Bescheidung in Höhe der bewilligten Summen aus 2023 zulassen. Seitens der Fachverwaltung wurde nach Prüfung entschieden, dass eine Mittelfreigabe für 2024 unter Beachtung der vorläufigen Haushaltsführung, monatlich erfolgen solle.

Herr Claussen hinterfragt das Verfahren, da es sich als aufwendiger zeigt. Frau Scholz gibt zu bedenken, dass dieses Verfahren haushalterisch möglich sei und einerseits eine übersichtlichere Abarbeitung ermöglicht, andererseits leichter zu prüfen sei.

Zum Bedingungsrahmen für Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit, der bezüglich seiner Pflichtigkeit geprüft werden sollte, berichtet Frau Trauth über die Bewertung seitens des Rechtsamtes der Landeshauptstadt Schwerin.

Das SGB VIII besagt, dass Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit Aufgaben des Jugendamtes seien. Die Form, Art und der Umfang werden jedoch durch die Kommunalverfassung geregelt und liegen somit im Selbstverwaltungshandeln der Kommune.

Herr Claussen gibt zu bedenken, dass dieses Vorgehen alles umstößt, was die Beteiligten bis dahin erarbeitet haben.

Herr Claussen kritisiert dieses Vorgehen und bittet um eine Stellungnahme seitens des Oberbürgermeisters Dr. Badenschier oder der Sozialdezernentin Frau Trauth, welche auch den zukünftigen Umgang mit dem Bedingungsrahmen

darlegt. Eine rechtliche Stellungnahme wird seitens Frau Trauth zugesichert.

Im Sommer 2023 wurden die Träger gebeten, pauschal mögliche Mehrbedarfe zu beziffern. Die Gesamtsumme für Personal- und Sachkosten belief sich auf 694.972,78 €.

Im Oktober 2023 wurden die Träger aufgefordert, Änderungsanträge für 2024 zu stellen. Von 17 Trägern haben 15 eine Rückmeldung gegeben. 5 Träger haben keine Mehrbedarfe angemeldet und die Mehrbedarfe der 10 Träger beliefen sich auf 292.022,73€.

Frau Trauth befürwortet die Aufnahme in den Nachtragshaushalt im Sinne der Kinder und Jugendlichen, macht jedoch deutlich, dass die finale Entscheidung auf politischer Ebene getroffen wird.

Frau Klemkow bittet um Mitteilung, ob Gründe für dieses Ergebnis erkennbar seien. Frau Scholz erläutert unter anderem, dass bereits zwei Träger keine Änderungsanträge eingereicht haben, welche mehrere Projekte betreuen und bei der ersten Anfrage einen Mehrbedarf von 219.677 € gemeldet hatten.

Herr Claussen hinterfragt kritisch, ob vergangene Zahlungen zu auskömmlich gestaltet wurden.

Herr Glüer bittet zu beachten, dass man die 4% Inflation vorab eingespeist habe und es sich um Mehrbedarfe darüber hinaus handele. Man habe bei den Änderungsanträgen für 2024 noch umso genauer geschaut, was wirklich dringend notwendig sei.

Herr Hagen gibt den Verfahrensvorschlag, die Thematik Mehrbedarfe in der AG § 78 auszuwerten und ggfs. auch mit weiteren Trägern in den Austausch zu gehen, um die Ursache für diese Entwicklung zu ergründen.

Frau Brumme sieht die Äußerung von Herrn Claussen als schwierig an. So konnte der IB aufgrund vorheriger Kenntnis die tarifliche Steigerung bereits berücksichtigen und musste keine Mehrbedarfe anmelden.

Frau Amtsberg und Frau Jahn stellen das Projekt FaBi² vor und beantworten im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

zu 4 **Istanbuls Konvention** **Vorlage: 01004/2023**

Bemerkungen:

Herr Hoog führt in seinen Antrag DS-Nr. 01004/2023 „Istanbul-Konvention“ ein und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Er bittet um Rederecht für Frau Katja Häuser.

Herr Block gibt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Katja Häuser berichtet als Betroffene von Ihren Erfahrungen und beantwortet im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Lucht spricht sich erneut für den Antrag aus, äußert aber auch die Bedenken zu finanziellen Folgen. Ihre Zustimmung erhält ebenso der

Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion.

Frau Klemkow führt in den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion ein und beantwortet im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder. Sie legt dar, dass einerseits Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und andererseits sich noch in der Bearbeitung befinden. Man müsse Schritt für Schritt die Umsetzung fortführen.

Auf die Frage von Herrn Claussen zur Notwendigkeit des Beschlusses, wenn die Stellungnahme das Anliegen unterstützt und es sich um eine gesetzlich vorgegebene Maßnahme handle, erwidert Herr Hoog, dass vielen die Konvention noch nicht bekannt war und die Umsetzung noch nicht ausreichend sei. Ziel ist es der Thematik Diskussionsfläche zu geben und den Trägern Unterstützung zukommen zu lassen.

Herr Hagen sieht die nötige Unterstützung auch auf Bundes- und Landesebene. Diese Thematik betrifft nicht nur die Landeshauptstadt Schwerin, sondern geht auch darüber hinaus.

Herr Marquardt berichtet als Träger in diesem Bereich, dass man bereits intensiv auch auf Landesebene unterwegs sei, die finanzielle Situation jedoch nicht final geklärt sei.

Er berichtet auch über die aktuelle Situation im Frauenhaus Schwerin. So sei man händeringend dabei, eine Stelle für eine pädagogische Fachkraft zu ermöglichen.

Man komme finanziell mittlerweile an seine Grenzen, was eine Weiterführung in Gefahr bringt. Herr Marquardt betont, dass man sich als Landeshauptstadt Schwerin überlegen müsse, was man leisten möchte.

Er sieht die Thematisierung jedoch als ersten Schritt in die richtige Richtung.

Frau Dorfmann befürchtet eine „Kampf Abstimmung“ zwischen dem Ursprungs- und Ersetzungsantrag. Sie gibt den Verfahrensvorschlag, dass die Antragsteller ihre Anträge verbinden könnten und dass seitens des Jugendhilfeausschusses auf eine weitere Befassung mit dem Antrag verzichtet würde, sodass eine Erreichung der kommenden Stadtvertretung möglich sei.

Frau Klemkow bittet um die Möglichkeit der Rücksprache in ihrer Fraktion, würde jedoch für dieses Vorgehen werben. Herr Hoog stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

Herr Hagen schlägt vor, die Thematik auch in den Arbeitsgemeinschaften aufzurufen.

Herr Block beantragt Rederecht für Frau Dommer, Leiterin des Frauenhauses Schwerin. Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

Frau Dommer berichtet über die Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit. Aufgrund der längeren Verweildauer der Frauen, konnten Hilfesuchende nicht immer aufgenommen werden.

Ursache ist hier die schwierige Weitervermittlung aufgrund fehlender, passender Wohnungen für die Frauen und Kinder.

Auf die Rückfrage von Frau Timmermann zur Barrierefreiheit des Frauenhauses, berichtet Frau Dommer, dass dies zwar gegeben sei, jedoch das Personal demensprechend anders gefordert werde und somit die personelle Ausstattung und Qualifikation berücksichtigt werden müsse.

Frau Dorfmann stellt den Antrag:

„Der Jugendhilfeausschuss verzichtet auf eine Wiederbefassung in diesem Gremium, stellt sich jedoch inhaltlich voll hinter die Antragsteller.“

Herr Block gibt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss hat keine Beschlussempfehlung abgegeben.

zu 5 Einschränkung des Stimmrechts im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 01014/2023

Bemerkungen:

Die antragstellende Fraktion schiebt den Antrag DS-Nr. 01014/2023 „Einschränkung des Stimmrechts im Jugendhilfeausschuss“ auf eigenen Wunsch. Der Antrag wird in der kommenden Sitzung erneut aufgerufen.

Beschluss:

Wiedervorlage.

zu 6 Präzisierung des Antragsrechts für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 01015/2023

Bemerkungen:

Die antragstellende Fraktion schiebt den Antrag DS-Nr. 01015/2023 „Präzisierung des Antragsrechts für den Jugendhilfeausschuss“ auf eigenen Wunsch. Der Antrag wird in der kommenden Sitzung erneut aufgerufen.

Beschluss:

Wiedervorlage.

zu 7 Unvereinbarkeitsklausel für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 01016/2023

Bemerkungen:

Die antragstellende Fraktion schiebt den Antrag DS-Nr. 01016/2023 „Unvereinbarkeitsklausel für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses“ auf eigenen Wunsch. Der Antrag wird in der kommenden Sitzung erneut aufgerufen.

Beschluss:

Wiedervorlage.

zu 8 Mitteilung der AG Kindertagesbetreuung

Bemerkungen:

Frau Timmermann teilt mit, dass die AG Kindertagesbetreuung seit der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses noch nicht wieder getagt habe.

zu 9 Mitteilung der AG Hilfen zur Erziehung

Bemerkungen:

Frau Brumme teilt mit, dass die AG Hilfen zur Erziehung in der kommenden Woche tagen werde.

zu 10 Mitteilung der AG Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit

Bemerkungen:

Herr Hagen teilt mit, dass die AG Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit seit der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht wieder getagt habe. Die nächste Sitzung finde in der übernächsten Woche statt.

zu 11 Mitteilung UA Jugendhilfeplanung

Bemerkungen:

Frau Dorfmann informiert, dass der UA Jugendhilfeplanung noch nicht wieder getagt habe.

zu 12 Sonstiges

Bemerkungen:

Keine weiteren Themen.

gez. Wolfgang Block

Vorsitzende/r

gez. Susanne Kroll

Protokollführer/in